

TOP 1 Aktuelles aus dem Bezirksamt

Aktuelle Zahlen

- Derzeit 13 Unterkünfte im Bezirk in LAF-Zuständigkeit (u.a. GU und Hotels, keine Hostels)
- Aktuell 39.000 Geflüchtet in Berlin, davon etwa 5000 in Tempelhof-Schöneberg
- Grundlegen die Tendenz zu weniger Plätzen in der Versorgung, allerdings wurden die Plätze nicht abgeschafft, sondern stehen im Bedarfsfall wieder zur Verfügung.

Aktuelle politische Entwicklungen

- **Einschränkungen beim Zugang zu Integrationskursen**

Das Bundesinnenministerium kürzt in 2026 die Mittel Integrationskurse. Freiwillige Kurse für Personen ohne sichere Bleibeperspektive (darunter insbesondere Menschen aus der Ukraine, Menschen mit Duldungsstatus oder Asylbewerber_innen) werden gestoppt. Es werden nur noch verpflichtende Kurse finanziert.

Die Einschränkungen betreffen vor allem Menschen ohne unmittelbaren Rechtsanspruch, freiwillige Teilnehmende, Menschen mit Duldungsstatus und Menschen, die sich aktuell im laufenden Asylverfahren befinden.

Vorangegangen sind bereits Aussetzungen von Integrationskursen für Frauen, Jugendmigrationskurse, sowie Einschränkungen bei Deutschkursen zur Berufsvorbereitung (Berufssprachkurse).

- **Rechtskreiswechsel Ukraine ins Asyl vermutlich zum 01.07.2026**

Das Leistungsanspruchsgesetz setzt eine Vereinbarung des Koalitionsvertrages um. Diese sieht vor, dass Geflüchtete aus der Ukraine mit Aufenthaltsrecht nach der sog. Massenzustromrichtlinie (2001/55/EG), die ab 01.04.2025 eingereist sind, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhalten, statt Leistungen nach SGB II. Damit liegt die Zuständigkeit nicht mehr bei den Jobcentern und die damit verbundene Beratungs- und Betreuungsintensität wird sinken, sowie der Zugang zu Sprachkursen und Arbeitsfördermaßnahmen wird deutlich erschwert. Für die Arbeitsmarktintegration sind dann die Agenturen für Arbeit zuständig.

Leistungsrechtlich wären grundsätzlich die Sozialämter der Bezirke zuständig. Mit dem Rechtskreiswechsl ins AsylbLG gehen verschiedene Benachteiligungen einher, wie z. B. Höhe der Leistungssätze, Sachleistungsprinzip, deutlich eingeschränkte Gesundheitsversorgung.

- **GEAS (Reform des Gemeinsamen Europäischen AsylSystems)**

Berlin bereitet sich auf den GEAS-Prozess und dessen Umsetzung vor. Das GEAS-Anpassungsgesetz und das GEAS-Anpassungsfolgesgesetz wurden beschlossen. Die Umsetzung in Berlin soll in 2026 erfolgen. Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) wurde 2024 auf EU-Ebene verabschiedet und kommt ab dem 12.06.2026 in den EU-Mitgliedsstaaten zur Anwendung. GEAS soll am Standort Flughafen Tegel mit 2600 Plätzen umgesetzt werden. Davon 600 Personen im Screeningverfahren

und 2000 Personen zur Unterbringung nach erfolgten Screening-Prozess. Im Zentrum des sog. Screenings steht die Feststellung des besonderen Schutzbedarfs mit entsprechender Bleibeperspektive, eine vorläufige Gesundheitsprüfung, Identitätsfeststellung und Sicherheitskontrolle.

- **Einführung der Bezahlkarte in Berlin**

Die Bundesländer haben sich 2023 auf die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete geeinigt. Sozialleistungen sollen damit nicht mehr in bar, sondern in Form einer Geldkarte zur Verfügung gestellt werden. Mit der Karte soll die Auszahlung von Bargeld begrenzt und Überweisungen ins Ausland verhindert werden. Bis auf Berlin haben alle Bundesländer die Karte bereits eingeführt. Der Berliner Senat hatte die Einführung der Karte erst im Dezember 2024 beschlossen. In der Umsetzung für Berlin ist vorgesehen, dass zunächst jeder Erwachsene und jedes Kind bis zu 50,00€ der monatlichen Leistungen als Bargeld mit der Karte abheben kann. Die restlichen Leistungen können die Menschen dann mit der Karte in bargeldloser Form verwenden.

Die bargeldobergrenze entfällt nach den ersten 6 Monaten der Nutzung. Berlin will die Bezahlkarte noch 2026 einführen. Die Karte soll ausgegeben werden, sobald alle finanziellen, organisatorischen und technischen Voraussetzungen geschaffen sind. Die neue Karte für Asylbewerber_innen und Menschen mit Duldungsstatus soll eine Debitkarte mit Guthaben sein, welches monatlich ‚aufgeladen‘ wird. Es kann Geld abgehoben und in bargeldloser Variante gezahlt werden – Überweisungen und Onlinekäufe sind nur eingeschränkt möglich.

- **13. SGB II-Änderungsgesetz**

Das 13. SGB II-Änderungsgesetz (geplant für 01.07.2026) reformiert das Bürgergeld grundlegend, benennt es teilweise in „Grundsicherungsgeld“ um und verschärft Regelungen und Sanktionen. Zentrale Punkte sind die Abschaffung der Karenzzeit für Vermögen, strengere Sanktionen, ein Vorrang der Arbeitsvermittlung vor Qualifizierung und eine Deckelung der Unterkunftskosten.

Wichtige geplante Änderungen (Stand 11/2025 und 03/2026):

- **Neues Grundsicherungsgeld:**

Das Bürgergeld soll durch ein „Grundsicherungsgeld“ abgelöst werden, das stärker auf sofortige Arbeitsaufnahme ausgerichtet ist.

- **Vermögen und Karenzzeit:**

Die bisher einjährige Karenzzeit, in der Vermögen geschont wird, soll entfallen. Vermögen wird vom ersten Tag angerechnet.

- **Sanktionen:**

Pflichtverletzungen führen schneller und deutlicher zu Leistungsminderungen („verschärftes Fordern“).

- **Arbeitsvermittlung vor Qualifizierung:**

Die Vermittlung in Arbeit hat Vorrang vor Weiterbildung. Es gibt eine stärkere Verpflichtung zur Aufnahme von Vollzeitarbeit.

➤ **Kooperationsplan:**

Der Kooperationsplan wird verbindlicher. Bei mangelnder Mitwirkung kann dieser per Verwaltungsakt festgesetzt werden.

➤ **Unterkunftskosten:**

Die Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung werden stärker gedeckelt.

➤ **Förderung:**

Der Zugang zu §16e SGB II (Förderung für Langzeitbeziehende) wird verbessert.

Ergänzungen aus dem Plenum:

- Die unabhängige Asylverfahrensberatung wird zu 2027 eingestellt
- VHS Tempelhof-Schöneberg bietet Deutschkurse an; es wurden zusätzliche Mittel für Deutschkurse bereitgestellt.

Aktuelles von den Trägern/Angeboten aus dem Bezirk:

- Infopoint Interkulturelles Haus Schöneberg: Der Infopoint (mit Sprachmittlung) ist Montag von 12:00-17:00 Uhr geöffnet und steht Geflüchteten aus dem Bezirk zur Seite
- Xenion: wird auch im Jahr 2026 gefördert und konnte das Kiezcafé erhalten und die psychotherapeutische Sprechzeit einmal pro Woche anbieten. Dienstags finden Erstgespräche zur Einschätzung und Vermittlung bzw. für das Clearing statt.
- Mobiles Team KommRum e.V.: konnte für 2026 doch eine Förderung erhalten. Aufgrund der späten Zusage der zusätzlichen AGH-Mittel konnte die Zusage erst sehr spät in 2025 erfolgen. Das Mobile Team hat einen neuen Kollegen Mohammad Hasan. Das Team ist an 4 Tagen in der Woche erreichbar (Di.-Fr.), das Sprachcafé kann leider nicht angeboten werden. Es können die Sprachen Arabisch und Farsi abgedeckt werden.
- Nachbarschaftsheim Schöneberg: Neue Kooperation mit Mobi-Job - Beratung rund um das Thema Arbeit und Beruf auf Russisch oder Deutsch, immer freitags im NBHS e. V. Bei Interesse bitte die Anmeldung und Terminvereinbarung direkt über Mobi-Job

Aktueller Stand GU / Notunterkunft

• **Tempelhof Hangar:**

aktuell ca. 1000 Bewohner_innen, 89% männlich.

712 kommen aus der Ukraine, andere Nationen gemischt

600 sind zwischen 17-30 Jahren (viele junge Ukrainer), 200 über 40 Jahre

Große Herausforderungen mit einem massiven Alkoholkonsum insbesondere der älteren Männer aus der Ukraine, bei vielen war der missbräuchliche Konsum bereits in Tegel bekannt und auch dort wurde, trotz Alkoholverbot, in der Unterkunft konsumiert. Träger möchte die Bewohner lieber in Beratungs- und Unterstützungsangebote vermitteln, als zu sanktionieren.

In 2025 (und 2026) kam es insgesamt zu 5 Todesfällen von Bewohner_innen der Unterkunft.

Die Gruppe der älteren (chronisch) suchtkranken Männer ist für Beratungs- und Unterstützungsangebote nur sehr schwer oder gar nicht erreichbar, da es kaum ein Problemverständnis bzw. einen kritischen Umgang mit dem eigenen Konsum gibt. Eine weitere große Zielgruppe sind die jungen ukrainischen Männer zwischen 17-30 Jahren. Sie bringen bereits viele psychische Vorbelastungen aus der Heimat mit – hierbei nicht nur die Erfahrungen des Krieges, sondern auch Themen der frühen Kindheit in psychisch und suchtblasteten, sowie dysfunktionalen Familien. Die jungen Männer konsumieren, nach Einschätzung der Psycholog_innen der Unterkunft ebenfalls, allerdings weniger Alkohol, sondern eher THC, Opioide, Amphetamine usw. Zu den häufigsten Themen zählen hier u.a. Depressionen, Suizidalität, sozial Phobie, Neurodivergenz, PTBS, schädlicher/missbräuchlicher Suchtmittelkonsum. Ähnlich wie bei den älteren Männern zeigt sich auch bei der jungen Gruppe, dass sie für Unterstützungs- und Beratungsangebote nur schwer erreichbar ist und das Thema ‚Psyche‘ ganz allgemein sehr tabuisiert wird.

Fragen sind aktuell: Warum kommen diese betroffenen Menschen nicht in der Eingliederungshilfe an? Wie kann man schwer und chronisch suchtkranke Menschen (ohne Krankheitseinsicht) versorgen? Welche Angebote sind geeignet? Wie kann man diese chronisch kranken Menschen auch mit Pflege versorgen?

Das Team versucht alle Bewohnenden in den Blick zu nehmen und arbeitet eng mit den bezirklichen Angeboten und Ansprechpartner_innen zusammen.

- **GU Niedstraße (DRK):**

Aktuell 280 Frauen, 130 russisch sprechend (Herkunft: Ukraine, Moldawien, Russland)
Viele ältere Frauen mit hohem Unterstützungsbedarf auf Grund von Erkrankungen/Behinderungen. Im Zuge des Betreiberwechsels und auch der Übernahme von Personen aus Tegel am es vielen bürokratischen Problemen, da teilweise grundlegende und fundamentale Anträge nicht gestellt wurden, welche allerdings benötigt werden, um weitere Leistungen/Unterstützungsmaßnahmen zu beantragen. Insgesamt brauchen viele Anträge sehr lange und viele Frauen benötigen juristische Betreuer_innen, da sie mit der Bewältigung von Post- und Behördenangelegenheiten aufgrund der Erkrankungen/Behinderungen überfordert sind. Auch diese Beantragung braucht sehr lange oder wird teilweise aus nicht nachvollziehbaren Gründen abgelehnt. Es zeigt sich auch hier, dass viele der Bewohner_innen über Themen wie Psyche/psychischer Belastungen oder Krankheiten und ggf. Unterstützung durch das sozialpsychiatrische System sehr ablehnen und mit viel Scham begegnen.

- **Sozialdienst WBK:**

Es wird berichtet, dass die Diagnosen sich anders darstellen als bei den geflüchteten Menschen aus den Jahren 2015/16 – 90% sind Doppeldiagnosen. Es gibt große Sprachbarrieren und Hürden. Die Betroffenen bringen vielfältige Themen mit, wie z. B. Finanzen und Verschuldung (schließen viel Verträge), Suche von Wohnraum usw. Bei mehr

Sprachkompetenz werden die Klient_innen an die Tagesklinik angebunden. Die Kollegin weißt ausdrücklich darauf hin, dass auch Kinderschutz ein großes Thema ist (Kinderarbeit).

Insgesamt wird im Plenum noch einmal betont, dass der Übergang der Bewohner_innen aus Tegel in die verschiedenen GU/Notunterkünfte in Tempelhof-Schöneberg überhaupt nicht gut funktioniert. Insbesondere sehen die Anwesenden Probleme bei der frühzeitigen Stellung von verschiedenen Anträgen (Sozialamt, Krankenkassen usw.), fehlenden Übergaben zwischen den Betreibern beim Wechsel der Zuständigkeiten oder Verzug in einer andere GU/Unterkunft. Die Bewohner_innen sind sehr häufig hoch verschuldet, da sie Verträge abschließen und keine Leistungen erhalten bzw. Anträge noch nicht gestellt wurden. Es wird berichtet, dass die verschiedenen Sozialdienste immer mit anderen Themen z. B. der existenziellen Grundsicherung beschäftigt sind und sich nicht um andere, zunächst im Vergleich, weniger relevante Themen kümmern können.

TOP 2 Jahresplanung und Themensammlung

- **Terminabstimmung und Raumsuche:**

Aufgrund der anhaltenden Probleme der Raumvergabe im Rathaus Schöneberg wird die Frage an die Runde gestellt, wer sich vorstellen könnte die UAG bei einem der nächsten Termine bei sich einzuladen. Hierfür haben sich freundlicherweise der Berliner Krisendienst Region Südwest, die AWO in den Hangars Tempelhof, das Nachbarschaftsheim Schöneberg und der Sozialpsychiatrische Dienst bereit erklärt.

An dieser Stelle noch einmal ein herzliches Dankeschön für Ihre Bereitschaft!

Ein weiteres Anliegen war die Verschiebung des UAG-Termins am 16.09.2026, da dieser mit dem Termin der PSAG Tempelhof-Schöneberg kollidiert. Im Plenum wurde der 09.09.2026 als Ausweichtermin anvisiert.

Nachtrag: Leider ist ein Treffen am 09.09.2026 von Seiten der Psychiatriekoordination nicht möglich, da zeitgleich der Psychiaterbeirat des Bezirks tagt. Daher wird als neuer Termin der 23.09.2026 vorgeschlagen. Ich werde diesen Terminvorschlag am 24.06. noch einmal thematisieren und bitte dann um ein kurzes Stimmungsbild. Vielen Dank.

- **Themensammlung:** Durch die Psychiatriekoordination wird angeregt, dass die UAG einen Themenspeicher anlegt, um sich bei jedem Treffen auch mit fachlichen Themen und Inputs zu beschäftigen bzw. Gäst_innen zu bestimmten Themen einlädt. Im Plenum werden erste Vorschläge genannt:
 - **Was machen wir mit Menschen die schwerstchronisch (z. B. chronisch suchtkrank) sind? Was kann die EGH hier tun? Gibt es Unterstützungsformen für diese Menschen und wenn ja, welche gibt es konkret? Wie können die Mitarbeitenden der GU/Notunterkunft die Arbeit mit diesen Menschen aushalten?**

- **Das bestehende Ohnmachtsgefühl aller Beteiligten aktiv aufgreifen und vielleicht durch eine gemeinsame Aktion o.ä. begegnen. Wie umgehen mit den Menschen zwischen allen Systemen?**
- **Sich wieder vermehrt als UAG der PSAH Tempelhof-Schöneberg identifizieren und die eigene Rolle und den eigenen Einfluss bewusst machen**
- **Pflegebedürftigkeit bei Fluchterfahrung**
- **Groß- und Sammelunterkünfte fachliche diskutieren**
- **Sprachmittlung als grundlegendes Problem in allen Bereichen - Wie schnell und verlässlich an Sprachmittlung kommen? Wie finanzieren?**
- **Beschäftigungsmöglichkeiten für geflüchtete Menschen - welche niedrigschwelligen Angebote gibt es und wo können diese Menschen mit geringen Sprachkompetenzen und ohne Abschlüsse ankommen?**
- **Geschlechterspezifische Gewalt**

Bitte an alle Teilnehmenden der UAG: Bitte melden Sie der Psychiatriekoordination per Mail oder auch im Rahmen der nächsten Termine bei Bedarf gerne, wenn Sie weitere Themenvorschläge oder auch interessante Gäst_innen für den Speicher im Kopf haben.

TOP 3 Verschiedenes

- **Internetseite Angebote für geflüchtete Menschen Psychiatriekoordination:**

Die Psychiatriekoordination hat eine Anfrage zum Flyer/zu der Übersicht ‚Angebote für geflüchtete Menschen‘ auf der Seite der Psychiatriekoordination (BA Tempelhof-Schöneberg) erhalten, bei der gefragt wurde, ob alle Angebote noch stimmen. Daher die Bitte der Psychiatriekoordination, ob die Mitglieder der UAG sich die Auflistung einmal ansehen können mit den Fragen:

- Hat sich bei Ihrem Angebot etwas verändert (z. B. Erreichbarkeit, Kontaktdaten, Öffnungszeiten usw.)?
- Fehlt Ihnen hier ein Angebot oder eine relevante Information?

Hier der link zum Dokument: [1-psychiatrisches-versorgungssystem-ts-_-jun-24.pdf](#)

Bitte melden Sie etwaige Veränderungen oder auch Ergänzungsvorschläge gerne direkt an die Psychiatriekoordination. Ich bedanke mich sehr für Ihre Unterstützung!

Nächster Termin: Mittwoch, 24.06.2026 14:00-16:00 Uhr in den Räumen des Berliner Krisendienst Region Südwest, Schloßstraße 128, 12163 Berlin.

Bei der nächsten Sitzung wollen wir uns mit dem Thema Sprachmittlungsdienste per Telefon und Sprachmittlung allgemein beschäftigen.